



„Die SP engagiert sich für eine Internetpolitik, die den Menschen dient“

Das Internet ist heute selbstverständlicher Teil unseres Lebens. Ohne Internet würden Kommunikation, Logistik, Gesundheitsversorgung oder Mobilität, so wie wir sie heute kennen, nicht funktionieren. Das Internet verändert die Wirtschaft und die Arbeitswelt auf vielfältige und teilweise radikale Weise. Eine Diskussion zur politischen Steuerung dieser Entwicklungen ist unabdingbar. Die SP Schweiz betrachtet das Internet dabei in einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive, die alle Lebensbereiche umfasst. Sie engagiert sich dafür, dass die vielfältigen Chancen, die das Internet im Hinblick auf Demokratie, Mitbestimmung, Bildung, Emanzipation und politische, gesellschaftliche, soziale sowie kulturelle Teilhabe bietet, zum Wohle aller Menschen genutzt werden können. Die Effizienzgewinne, die dank des Internets möglich werden, sollen sozial und global gerecht an alle Menschen verteilt werden und nicht nur den Interessen weniger Firmen dienen. Eine geschickte Mischung aus vorbeugenden und repressiven Massnahmen muss dazu beitragen, Risiken wie Überwachung und Zensur, Aufruf zu Hass in sozialen Medien, Identitätsdiebstahl, Cyber-Attacken und andere Formen der Internetkriminalität einzudämmen. Gleichzeitig müssen wir unsere Fähigkeit verbessern, mit Risiken zu leben und deren Schaden möglichst klein zu halten.

Die SP Schweiz hat in den vergangenen Monaten eine erste breite Auslegeordnung vorgenommen und wird basierend darauf in den kommenden Monaten eine Positionierung erarbeiten, die die Internetpolitik in einer umfassenden gesellschaftlichen Perspektive aufgreift.

Folgende 20 Grundsätze sollen dabei berücksichtigt werden:

1. Der Zugang zum Internet gehört zum Service public. Dieser ist in der ganzen Schweiz für alle in bestmöglicher Leistungsqualität sicherzustellen und muss entsprechend politisch abgesichert und demokratisch weiterentwickelt werden.
2. Beim Umgang mit persönlichen Daten muss die informationelle Selbstbestimmung im Zentrum stehen. Es braucht griffige technische und juristische Instrumente, die unsere Persönlichkeitsrechte garantieren und es ermöglichen, Verletzungen wirkungsvoll zu ahnden.

3. Der Schutz persönlicher Daten muss verstärkt werden, indem datenschutzfreundliche Voreinstellungen ("Privacy by Default") und ein eingebauter Datenschutz ("Privacy by Design") eingeführt werden. Das Zusammentragen und Verknüpfen von detaillierten Persönlichkeitsprofilen oder anderen sensiblen Daten muss dringend reglementiert werden.
4. Wir fordern ein offenes und freies Internet für alle Menschen zu jeder Zeit und überall. Weder Staat noch Unternehmen dürfen Dienste, Quellen oder Protokolle bevorzugen oder benachteiligen. Die Netzneutralität, die diskriminierungsfreie Behandlung des gesamten Datenverkehrs, soll gesetzlich verankert werden.
5. Das Internet verändert Bildungsinhalte und -methoden für Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler sowie für alle Lernenden in Aus- und Weiterbildung. Um Chancengerechtigkeit zu ermöglichen, muss die „Digitale Kompetenz“ als Ergänzung zu den Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen stufengerecht im gesamten Bildungswesen verankert werden.
6. Die Digitalisierung der Arbeitswelt führt zu massiven Umwälzungen. Ziel muss sein, dass alle Menschen unter menschenwürdigen Bedingungen im Arbeitsprozess integriert bleiben resp. integriert werden. Massnahmen dazu sind Innovationen, Nach- oder Höherqualifizierung, Umschulungen sowie neue Regelungen im Arbeitsrecht und in der Sozialpartnerschaft.
7. Das Internet führt zu neuen Geschäftsprozessen und Innovationen. Das beinhaltet Risiken für traditionelle und Chancen für neue Unternehmen. Diese Veränderungen können für eine demokratischere, ökologischere und partizipativere Wirtschaft genutzt werden. Mit gezielter Struktur- und Förderpolitik werden optimale Bedingungen für diesen Wandel geschaffen.
8. Auf dem Finanzplatz Schweiz sollen innovative Entwicklungen eingeleitet werden, die auf die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden ausgerichtet sind und mit neuen, nachhaltigen Geschäftsmodellen zu einem transparenten, fairen Finanzwesen beitragen.
9. Qualitätsjournalismus, der die „unendlichen“ Informationsströme in einen gesellschaftlichen, politischen und historischen Kontext stellt, muss direkt und gattungsübergreifend gefördert werden. Dabei muss besonders darauf geachtet werden, dass den Zentralisierungs- und Monopolisierungstendenzen in der Medienbranche entgegengewirkt werden kann.
10. Durch die Digitalisierung ergeben sich neue Nutzungsmöglichkeiten von kulturellen Werken sowie zahlreiche Herausforderungen. Die SP setzt sich für ein modernes Urheberrecht ein und wird den Dialog mit allen Betroffenen suchen. Insbesondere soll die freie geistige, kulturelle und wissenschaftliche Entwicklung aller Menschen gefördert werden.
11. Das „Internet der Dinge“ – smarte Stromzähler, intelligente Kühlschränke oder selbstfahrende Autos – wird unsere Gesellschaft stark verändern. Diese Entwicklung bietet viele Chancen aber auch Risiken wie die drohende totale Überwachung. Beides erfordert eine wissenschaftliche und politische Begleitung des Prozesses.

12. Das gemeinsame Wissen und die brachliegenden Ressourcen unserer Gesellschaft sollen von allen genutzt werden können. Die Nutzung von kollektiver bzw. Schwarmintelligenz und von „Sharing-Plattformen“, bei denen das Teilen und gemeinsame Nutzen im Vordergrund stehen, sollen weiterentwickelt und gefördert werden.
13. Der öffentliche Sektor soll bei Beschaffungen wenn immer möglich Open Source-Software einsetzen. Die Resultate aus öffentlich finanzierten Softwareprojekten sind als Open-Source-Software bzw. – Lizenzen zu veröffentlichen.
14. Open Government Data, die offene Zugänglichkeit und freie Wiederverwendung von Behördendaten wie Wetter, Verkehr oder Energie, muss ausgebaut werden.
15. Projekte zu E-Government, die die Kommunikation zwischen Institutionen, Bürgerinnen und Bürgern oder Unternehmen mit Hilfe des Internets fördern, sollen weiterentwickelt werden. Dasselbe gilt für Projekte zur Förderung der E-Demokratie.
16. Das Internet verstärkt Netzwerk- und Skaleneffekte. Dadurch steigt die Gefahr der Bildung von globalen Monopol- und Oligopol-Märkten. Dieser Entwicklung ist durch gezielte Förderung von dezentralen und kleinteiligen Organisationsformen sowie durch Regulierung der betroffenen Marktsegmente zu begegnen.
17. Mit eHealth können Versorgungsqualität und Patientensicherheit verbessert werden. Krankenkassen oder Pharmakonzerne dürfen aber keinen unkontrollierten, nicht von den Patientinnen und Patienten bewusst gewährten Zugriff auf Gesundheitsdaten erhalten.
18. Kriminelle Aktivitäten im Internet wie illegaler Verkauf von Drogen und rezeptpflichtigen Medikamenten, Betrug, Identitätsdiebstahl oder Kinderpornographie müssen konsequent angegangen werden. Dabei gilt es die Verhältnismässigkeit zu wahren und ein Gleichgewicht zwischen Sicherheitsbedürfnis und grundlegende Infrastrukturen und Systeme lahmgelegt oder zerstört sowie Daten entwendet werden. Weil auch die besten präventiven und repressiven Massnahmen solche Risiken nie ganz aus der Welt schaffen, müssen wir unsere Fähigkeit erhöhen, damit zu leben und die Schadenswirkung möglichst klein zu halten.
19. Eine aktive Internet-Aussenpolitik bedingt, dass wir eng mit der EU, der OSZE und anderen internationalen Organisationen zusammenarbeiten. Die Schweiz kann ihre Erfahrungen, was das Zusammenspiel von Sicherheit, Vertrauensbildung und Menschenrechten angeht, einbringen. Genf als Ort der internationalen Internet-Governance soll gestärkt werden.